

Veröffentlichung selbstverständlich mit Allerhöchster Ermächtigung geschehen ist.

Der Frankfurter Magistrat hat am Sonntag folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck gefandt: „Bei dem Beginne des festlich gefeierten Tages, an welchem Eure Durchlaucht hier vor 25 Jahren den denkwürdigen Frieden schlossen, der die herrliche Frucht gewaltiger Kämpfe und Siege dauernd sicherte, senden wir in Ehrerbietung und Dankbarkeit die herzlichsten Segenswünsche für das fernere Wohlergehen Eurer Durchlaucht, deren Abwesenheit wir schmerzlich empfinden.“ Hierauf lief von Fürst Bismarck aus Friederichshagen nachfolgende Antwort ein: „An den Oberbürgermeister Abides. Euer Wohlgebornen bitte ich, dem Magistrat für die ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank übermitteln zu wollen.“

Die Regierung besteht darauf, daß der Reichstag nicht auseinandergehe, ehe alle die Vorlagen, vor Allem das Bürgerliche Gesetzbuch, die dem Reichstag vorliegen oder noch in den nächsten Tagen zugehen, erledigt sind. Staatssekretär Dr. von Bötticher hat sich gestern in diesem Sinne im Reichstage gegenüber verschiedenen hervorragenden Parlamentariern ausgesprochen und dabei angedeutet, die Regierung „rechne darauf“, den Reichstag Ende Juli (!) zu schließen. — Da wird die Regierung die „Rechnung“ wohl ohne den Reichstag machen.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung der Novelle zum Zuckersteuergesetz bei § 70 fort, der von den Ausfuhrprämien handelt. Die Regierungsvorlage bemißt die Prämien für 100 Kilogramm Rohzucker mit 4 Mk., die Kommission mit 2 Mk. 50 Pf. Abg. Warth (fr. Ver.) betont, die Prämien bedeuteten ein Geschenk von mehr als 20 Millionen für die Zuckerindustriellen auf Kosten der Konsumenten; das sei der Effekt des Gesetzes. Man sollte endlich mit der Liebesgabenpolitik aufhören. Abg. v. Frege (kons.) erklärt, seine Freunde würden den in der Regierungsvorlage vorgesehenen höheren Prämien den Vorzug geben, sie wollten aber den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, um das Gesetz zu Stande zu bringen, da es zur Aufbesserung der Lage unserer Landwirtschaft notwendig sei. Abg. Meyer (Reichsp.) empfiehlt, die Prämien mindestens in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe anzunehmen; ebenso Abg. Bernstorff (Welfe). Abg. Baasche (natlib.) hebt hervor, daß die sogenannte Liebesgabenpolitik unsere Industrie so hoch gebracht und unseren Konsumenten so niedrige Zuckerpreise verschafft habe. Abg. Richter (fr. Volksp.) führt aus, man könnte leicht aus den Listen der gestrigen Abstimmung nachweisen, daß hier Interessenspolitik getrieben werde. Die Zuckerindustrie sei keineswegs in einer Nothlage. Hätten wir niemals Prämien gezahlt, so würden wir ebensoweit sein, nur würde sich die Industrie ruhiger und sicherer entwickelt haben. Darauf wird der Kommissionsvorschl. die Prämien auf 2 Mk. 50 Pf. zu bemessen, mit 159 gegen 110 Stimmen angenommen. Sodann wird im Artikel II des Entwurfs die Verbrauchsabgabe nach den Kommissionsbeschlüssen auf 21 Mk. für 100 Kilogramm — die Regierungsvorlage schlägt 24 Mk. vor — festgesetzt. Es folgt § 68, der in der Kommissionsfassung den aus Melasse gewonnenen Zucker einer Sonderabgabe in Höhe des halben Ausfuhrzuschusses unterwirft, während die Regierungsvorlage die Besteuerung der Zuckergewinnung aus Melasse überhaupt nicht in Aussicht nimmt, die Vorlage bestimmt vielmehr in § 68, daß mehrere in der Hand desselben Besitzers befindliche, höchstens 10 Kilometer von einander entfernte Fabriken im Sinne der Vorschriften über die Kontingentierung als eine einzige Fabrik angesehen werden sollen. Abg. Blade (natlib.) beantragt, die Besteuerung des aus Melasse gewonnenen Zuckers nur nach dem den einzelnen Fabriken zugewiesenen Kontingent zu bemessen. Abg. Müller-Julda (Chr.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wofür sich auch der Staatssekretär Graf Posadowsky und der badische Ministerialdirektor Scherer aussprechen. Darauf wird der Antrag Blade angenommen, was aber gegenstandslos wird, weil das Haus die Kommissionsfassung, welche der Antrag abschwächen wollte, mit 162 gegen 106 Stimmen ablehnt und die Regierungsvorlage wiederherstellt. Schließlich werden die §§ 66, 67 und 69, welche von der Bemessung und Entrichtung der Betriebssteuer handeln, mit den durch die bisherigen Beschlüsse bedingten Änderungen angenommen. — Mittwochs: Fortsetzung der Beratung; dritte Lesung der Gewerbenovelle.

Die Abgg. v. Bobbielski und Gen. haben zur dritten Beratung des Margarinegesetzes eine Resolution eingebracht, die verbundenen Regierungen zu eruchen, Anordnungen dahin zu treffen, daß die aus dem Auslande eingehende Butter, sowie Käse, Schmalz und deren Ersatzmittel amtlich untersucht werden nicht nur auf die gesundheitspolitischen Bestimmungen, sondern auch daraufhin, ob die zur Einführung gelangenden Produkte den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen. Für diese amtliche Untersuchung ist vom Importeur eine Gebühr zu erheben. — Das heißt den Import dieser Artikel völlig unterbinden, denn weder Butter noch Käse, die vielfach in kleineren Quantitäten eingeführt werden, vertragen längeren Aufenthalt zum Zwecke der Untersuchung, ebensowenig würde der Preis der Waare die Kosten derselben zu tragen vermögen. Nur den Bogen nicht gar zu straff spannen!

Als Kandidat für die Reichstagsersatzwahl werden in Halle a. S. gemeinsam von den Konservativen, Antisemiten und dem Bunde der Landwirthe der Werkzeuggestaltmeister Kuehne definitiv aufgestellt.

Auß. Oldenburg, 12. Mai, wird berichtet: Im Landtag wurde eine Interpellation Plagge eingebracht, weil die Regierung, entgegen den bestimmt ausgesprochenen Wünschen des Landtages, nicht einen technisch gebildeten Schulmann, sondern einen jungen Geistlichen in das evangelische Oberschulkollegium genommen hat. Da die Regierungserklärung ungenügend war, beantragte Plagge eine Erklärung dahin, daß der verantwortliche Minister Herr das Vertrauen des Landtages verloren habe. Diese Erklärung wurde mit 22 gegen 10 Stimmen angenommen. Morgen kommt die Staatsüberreichung bei dem Eisenbahnbau Oldenburg — Brake um 600 000 Mark zur Verhandlung. Der Finanzausschuß wird beantragen, die Summe zu bewilligen, aber zu erklären, daß der Landtag der Regierung in Eisenbahnsachen kein Vertrauen mehr entgegenbringe.

Kürzlich brachte die „Statist. Kor.“ einige Angaben über das Anwachsen der Studentenschaft in den juristischen Fakultäten. Die „Statist. Kor.“ fand es auffällig, daß gerade aus den Kreisen der Beamtenchaft, der Geistlichkeit, Lehrer, Anwälte und Offiziere so viele studirende Juristen heranstammten, beifällig etwa ein Drittel der Gesamttheit. Die „Kreuzztg.“ bespricht diese Bemerkung in folgender Weise: „Wir finden diese Thatfache durchaus nicht auffallend, sondern sehr natürlich. Auch in anderen Kreisen ergreifen die Söhne mit Vorliebe den Beruf ihrer Väter. Es ist nicht nur zu wünschen, sondern geradezu nach Kräften zu fördern, daß die Söhne von Beamten, Richtern, Offizieren, Geistlichen u. s. w. wiederum Beamte werden, zumal sich ihnen bei der Ueberfüllung aller Berufe andere günstigere Ausichten nicht bieten. Wenn die halb-

amtliche „Statist. Kor.“ schließlich sagt: „Wer es mit seinen Söhnen gut meint, sollte sie heute mit allen Mitteln vom Rechtsstudium abzuhalten suchen, wofen es sich um ein Brotstudium handelt“, so können wir diesen Rath als einen guten nicht anerkennen. Schon oft sind ähnliche Rathschläge ertheilt worden, und vielfach mögen sie auch befolgt worden sein, aber thatsächlich nur in christlichen Kreisen. Der Andrang der Juden zu den höheren Berufen, insbesondere zum juristischen und medizinischen Studium, hat keineswegs nachgelassen, sondern ist beständig größer geworden. Anstatt jenen Rath auch ihrerseits zu befolgen, sind die Juden bemüht, immer zahlreicher sich für die juristische und ärztliche Laufbahn vorzubereiten. Sie sind doch nach der Statistik Dr. Georg von Mayr's in Deutschland auf je 10000 Protestanten nur 55, auf je 10000 Katholiken nur 32, auf je 10000 Juden aber 333 Schüler höherer Lehr-Anstalten. Thatsächlich bestehen in verschiedenen Städten besondere Vereine zur Unterstützung jüdischer Studenten und Gelehrten. Die jüdischen liberalen Blätter geben zwar gelegentlich ebenfalls den Rath, man möge die Söhne nicht studiren lassen, aber die Juden denken gar nicht daran, diesen Rath zu befolgen; sie halten ihre Söhne insbesondere vom Rechtsstudium nicht ab, sondern sie drängen sie förmlich darauf hin, damit die Juden als Advokaten und Richter im öffentlichen Leben immer größeren Einfluß gewinnen. Unter solchen Umständen halten wir es für unsere Pflicht, im Gegensatz zu der halbamtlichen „Stat. Kor.“, an alle Kreise der deutschen Beamtenchaft den Mahnruf zu richten, ihre Söhne thunlichst ihrem Beruf zu erhalten und in dessen Ueberlieferung zu erziehen, damit das deutsche Beamtenthum auch in Zukunft ein deutsches im besten Sinne des Wortes bleibe und nicht von fremden Elementen angetränkt und zerjetzt werde. — Diesen Ausführungen können wir nur lebhaft zustimmen.

Man schreibt aus Paris, 10. Mai: In der „Petite République“ ist zu lesen: „Liebstecht in Paris! Wir sind glücklich, unseren Freunden anzufündigen, daß der Veteran der deutschen Sozialdemokratie im Laufe des Monats Juni nach Paris kommen wird. Wir zweifeln nicht daran, daß die französischen Sozialisten dem berühmten Champion unserer Sache in germanischen Landen die enthusiastischste und warme Aufnahme bereiten werden, auf die ihm sowohl die der Gesamtheit der Partei erwiesenen Dienste als die gleiche Liebe, mit der er den Proletariern aller Nationen begegnet, ein Anrecht geben. Liebstecht ist noch mehr als der berühmteste der Sozialisten Deutschlands, er ist einer der höchsten und reinsten Ruhmeselden des internationalen Sozialismus.“ — Das ist die Partei, die keinen Personenkultus mehr treiben will!

Den großen Jahrestag des Friedensschlusses von Frankfurt hat man in Paris meist mit dumpfem Schweigen vorübergehen lassen. Die wenigen Blätter, die seiner gedachten, thaten es in der Weise, daß sie längst bekannte Anekdoten über den französischen Friedensunterhändler Pouyer-Quertier und über den Gang der letzten Verhandlungen im Gaitz zum Schwan aufwärmten. Nur der „Figaro“ macht eine Ausnahme. In diesem Blatte widmet Professor Larroumet dem Frankfurter Frieden bittere Betrachtungen. In der Form sind sie würdig und höflich. Von einem ehemaligen hohen Beamten (Herr Larroumet war Ministerialdirektor der schönen Künste) und gegenwärtigen Professor der Sorbonne war nicht weniger zu erwarten. Aber im Wesen sind sie so unerschöpflich feindselig gegen Deutschland wie nur irgend eine ausschweifende Kundgebung des vaterländischen Barden Déroulede. Herr Larroumet führt aus, daß Frankreich über Waterloo hinwegkommen konnte, weil jene Niederlage ihm doch die Grenzen von 1789 ließ, also es nicht unheilbar verstimmelte. Der Frankfurter Frieden aber habe Frankreich zum Krüppel gemacht. Er habe es notwendiger Glieder beraubt. Das könne und dürfe Frankreich nicht verwinden. Wenn es sich jemals ruhig in diese Lage finde, so begehe es Selbstmord, so willige es in seinen Untergang, in sein Verschwinden aus der Reihe der Völker. Das junge Geschlecht, das seit 1870 erwachsen sei und die Demüthigung von Sedan nicht im eigenen Gemüth erlitten habe, habe und verabsichere den Krieg und den Militarismus. Aber es jüge sich mit flammendem Born in der Seele aus in diese uninnige Barbarei, weil es einsehe, daß Frankreich Alles daran setzen müsse, um die Folgen der 1870er Niederlagen aus der Welt zu schaffen. Um das vaterländische Gefühl anzufacheln, unternimmt der „Figaro“ ein großes Werk. Er fordert seine Leser auf, ihm alle französischen Heldenthaten, alle Handlungen todesmüthiger Tapferkeit aus dem 1870er Kriege, von denen sie sich sichere Kenntniß haben, mitzutheilen; die Angaben werden einem Ausschuß von ehemaligen Offizieren, Kriegstheilnehmern natürlich, zur Sichtung vorgelegt, mit größter Strenge, unter Benützung des Kriegsarchivs, der Regimentspapiere u. s. w., auf ihre Genauigkeit geprüft und dann in einem volksthümlichen Werke vereinigt werden, dessen Zusammenstellung und Durchsicht Herr Larroumet übernommen hat. Zu alledem ist nichts zu sagen. Die Gesichte, die der „Figaro“ ausdrückt, sind verständlich, wenn sie auch bedauerlich sind. Daß Frankreich über den Verlust des Reichslandes nicht hinwegkommt, ist die einzige Ursache der gespannten politischen Lage Europas. Unter dieser Spannung leiden natürlich auch wir Deutsche wie alle Welt. Aber die am meisten darunter leiden, das sind doch die Franzosen selbst.

Nur selten wohl sind die spanischen Cortes unter so düsteren Zeichen zusammengetreten wie gestern: das Land in Folge der anhaltenden Dürre von einer gänzlichen Misere bedroht, die Staatsfinanzen durch die cubanischen Kriegskosten der Zerrüttung nahe gebracht, die Steuerkraft der Nation kaum noch einer Steigerung fähig, auf Cuba kein Anzeichen einer Wendung zum Besseren, vielmehr ein stetiges Umsichgreifen der Aufstandsbewegung, dazu die meistens sehr verschärfte Gefahr eines ernstlichen Zerwürfnisses mit Nordamerika, das nur durch einen demüthigenden Rückzug Spaniens in der „Competitor“-Angelegenheit noch einmal verhütet werden könnte. Begreiflicher Weise sind die neugewählten Volkskörpers vorgeföhren in sehr trüber Stimmung in Madrid zusammengetreten, und diese Stimmung dürfte auch nicht durch die zuversichtliche Sprache der Thronrede, mit der die Königin-Regentin die Tagung eröffnete, beseitigt worden sein. Die Lage ist, darüber giebt sich kein Urtheilsfähiger in Spanien einem Zweifel hin, weit bedenklicher, als man nach dem leichten, fast leichtfertigen anmuthenden Tone der Thronrede annehmen könnte. Das in dieser angefündigte Reformprogramm für die Antillen ist so dürftig und unbestimmt, daß ein beschwichtigender Eindruck davon auf die Gemüther der Cubaner nicht erwartet werden kann.

Ein Theil der Thronrede streift, freilich sehr sanft und diplomatisch, das gespannte Verhältnis mit den Vereinigten Staaten. Es heißt in der Ansprache bei der Ankündigung von Reformen für Cuba: Der Aufstand ist auf Cuba ausgebrochen, nicht weil die Aufständischen eine örtliche Selbstverwaltung, sondern weil sie die Unabhängigkeit Cubas wollen. Ein Triumph der Aufständischen würde die Civilisation zurückdrängen und den Wohlstand des Landes gefährden; das kann Spanien nicht dulden. Spanien reicht den Neuen die Hand, ist aber vor keinem Opfer zurückgeschreckt, um seine Autorität aufrecht zu erhalten, und wird

auch vor keinem solchen Opfer zurückschrecken. Die Reformen werden im geeigneten Augenblick zur Anwendung kommen. Der Aufstand nimmt ab und wäre schon unterdrückt ohne die Hilfe Jimari'sche Hoffnung der Aufständischen, den Schutz einer Großmacht zu erlangen. Die Enttäuschung, welche den Aufständischen in dieser Beziehung zu Theil werden wird, wird zur Verstärkung des Friedens beitragen. Die Thronrede kündigt alsdann einen Gesetzesentwurf an, betreffend die Schaffung einer lokalen Finanzverwaltung auf den Antillen, in welcher die Rechte Spaniens aufrecht erhalten werden. Die Beziehungen zu dem Auslande seien vortrefflich; in der korrekten und freundschaftlichen Haltung der amerikanischen Republiken könne ein enges Band erblickt werden, welches dieselben mit Spanien verbindet. Der Präsident und die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hätten trotz der Gegnerschaft eines Theiles des Landes sich nicht der Freundschaft begeben, welche die beiden Länder seit dem Beginne der Republik verbänden.

Die Zeichen der Gnade des Sultans häufen sich jetzt über Fürst Ferdinand von Bulgarien, aber sie haben alle einen gewissen Beigeschmack, den man in Sofia wohl spüren wird. So theilen die türkischen Zeitungen z. B. mit, daß der Sultan, dem Marschall Ferdinand, General-Adjutanten S. M., Fürsten von Bulgarien und Statthalter von Ostromelien, eine elektrische triebene Pacht schenken werde, die bereits im Bau sei. Diese Art der Bekanntmachung ist gerade nicht geeignet das Vergnügen über das Geschenk zu erhöhen.

Da auf dem unbeweglichen Besitze Stambulows immer noch der von der parlamentarischen Untersuchungskommission verhängte Sequester lastet, so richtete Frau Stambulow ein Gesuch an den Ministerrath, um die Aufhebung dieser Maßregel zu veranlassen, damit die Erben die freie Verfügung erhalten und ihnen ermöglicht werde, sich aus finanziellen Nothen, die beinahe schon zu der gerichtlichen Beschlagnahme der Möbel und des Hauses Stambulows geführt hätten, zu befreien. Der Ministerrath erwiderte, daß er hierfür nicht zuständig sei, und verwies auf den gerichtlichen Weg. Frau Stambulow stellte nun das gleiche Gesuch an das Gericht.

Colonialpolitisches.

Mit der am 11. Mai eingetroffenen Post ist folgender Bericht des Landeshauptmanns von Südwafrika Deutwein eingegangen: Windhoof, den 1. April 1896. Eurer Durchlaucht melde ich ganz gehorsamt, daß das friedliche Bild, welches ich in meinen letzten Berichten über die hiesigen Verhältnisse entwerfen konnte, sich plötzlich wieder geändert hat. Derartige unerwartete Wandlungen muß man in der Colonialpolitik mit in Kauf nehmen. Wie ich in meinem Berichte vom 14. Juni 1895 Nr. 270 bereits als Befürchtung angedeutet habe, nämlich, daß die Khausas-Hottentotten, weil ohne feste Leitung, sich allmählich zu Räuberbanden ausbilden würden, scheint eingetroffen zu sein. Vom Distriktschef in Gobabis sind plötzlich Nachrichten über Viehdiebstähle und Feindseligkeiten gegen kleinere Stationen und Patrouillen eingetroffen. Ich habe daher vorläufig den Hauptmann v. Gtorff mit 50 Mann und einem Geschütz nach Gobabis entsendet, um den Distrikt zu verstärken, eine Maßnahme, welche ich im Uebrigen längst beabsichtigt hatte; nur glaubte ich vorher das Eintreffen der Erasmannschaften abwarten zu können. Befußt Regelung der politischen Fragen habe ich meinen Stellvertreter, den Assessor von Lindequist, mitgesendet.

Das Gewicht dieser Vorfälle hängt lediglich von der Frage ab, ob der Kapitän Mikodemus bei den letzteren theilhaftig ist oder nicht. Vorläufig habe ich bei dem Oberhauptling Samuel und seinen übrigen Unterhauptlingen das Nöthige veranlaßt, um betreffenden Falles Mikodemus zu isoliren. Desgleichen habe ich den Distriktschef im Süden die Ergreifung von Maßnahmen beifüßig Verhinderung eines etwaigen Durchbruchs der Khausas dorthin, wie ein solches im gleichen Falle anfangs 1895 erfolgt ist, befohlen. Endlich aber habe ich den Kapitän Witbooi an die Pflichten seines Bündnißvertrages erinnert, sowie an seine Mitverantwortlichkeit in dieser Sache, nachdem er die ihm seiner Zeit zur Aufsicht übergebenen Khausas habe entrinnen lassen. Welche Maßnahmen derselbe daraufhin ergreifen wird, steht noch dahin. Heute früh sind seitens der bereits über Kowas vorgehenden Abtheilung Gtorff Nachrichten eingetroffen, welche die Theilnahme von Mikodemus an dem Aufstandsversuche als sicher er scheinen lassen. Ich habe infolgedessen beschlossen, nach Erledigung aller hier zu treffenden Maßregeln mit dem Rest der verfügbaren Truppe (etwa 50 Mann) persönlich nach Gobabis zu marschiren.

Der Zeitpunkt zu dem Aufstandsversuche ist seitens der Empörer insofern für sie günstig gewählt, als der nach Deutschland zurückkehrende Theil der ausziehenden Mannschaften sich bereits in Swakopmund befindet, während das Telegramm, laut welchem der Erfaß am 1. Mai d. J. landet, erst nach deren Abmarsch eingetroffen ist. Angesichts der hierdurch für das Schutzgebiet möglicher Weise heraufbeschworenen schwierigen Lage habe ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers auf Grund der Bestimmungen der Kapitulationsverhandlungen angeordnet, daß von demjenigen Mannschaften der Schutztruppe, deren Kapitulation am 1. April d. J. abläuft, vorläufig keiner zur Entlassung kommt, während die Dispositionsurtheile über dieselbe förmlich eingezogen worden sind. Zur Verwendung im Felde werde ich indessen von diesen Mannschaften vorläufig nur solche ausersuchen, welche freiwillig sich hierzu gemeldet haben; die übrigen thun Wachtdienst in den Garnisonen mit der Maßgabe, daß dieselben daneben ihren bürgerlichen Beruf weiter betreiben können. Nur durch diese Maßnahmen ist es mir möglich gewesen, vorläufig für den Feldgebrauch wenigstens etwa 100 Mann verfügbar zu machen. Mit diesen kann ich hoffen, einen etwaigen ernstern Krieg in die Länge zu ziehen, bis Verstärkung eingetroffen ist. Den Major Mueller, welcher sich zum Empfang der neuen Mannschaften in Swakopmund befindet, habe ich angewiesen, mir demnächst in Eilmärschen aufzueben, daß die Theilnahme der wehrfähigen Bevölkerung in Windhoof an der Sache eine recht rege ist, sowie auch, daß die alten Mannschaften der Schutztruppe sich ohne Weiteres in ihr Schicksal gefügt haben. Zwölf derselben, sowie vier Nichtsoldaten aus Feldbataillon haben bis jetzt sich zur Theilnahme am Feldzuge gemeldet. Wie diese Verhältnisse in den Distrikten sich gestalten werden, darüber erwarte ich noch Meldung und werde mit nächster Gelegenheit auch Eurer Durchlaucht bezüglichen näheren Bericht erstatten.

Schließlich melde Eurer Durchlaucht ich ganz gehorsamt, daß ich über den äußeren Anlaß zu den in Frage stehenden Vorfällen irgend etwas zu berichten nicht im Stande bin. Aus den bisherigen, kurz gehaltenen Meldungen des Distriktschefs ist nichts zu ersehen. Bis jetzt scheint ein ganz frivoler Friedensbruch vorzuliegen, ob zwar'st von den Hereros oder von den Hottentotten ausgehend, ist noch unklar. Wenn dieser Friedensbruch gerade im jetzigen Augenblick, und für uns so unglückigen Zeitpunkt eingetreten ist, so mögen wohl die Eingeborenen, die mit Nach-